

# Parlamentsreport Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf  
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin

20.08.2020

**CDU** Fraktion Berlin

## 61. Sitzung im Abgeordnetenhaus

Noch immer beherrscht Corona den Parlamentsalltag, jedoch können nach Saalumbau nun wieder alle Abgeordneten gleichzeitig teilnehmen. Und sie hatten in der ersten Sitzung nach der Sommerpause die Gelegenheit, die Nachfolge für die zurückgetretene Nicht-Bausenatorin zu erleben. Geworden ist es – einer ihrer Vertrauten, wieder ein Linker. Das verspricht keine Besserung.

Eines der Hauptthemen waren – man ahnt es angesichts der Zustände – eben diese in den Schulen. Eine Bildungsverwaltung, die Schulleitungen alleine lässt und eine Senatorin, die in den Medien besserwisserisch belehrt. Genug, um Rede und Antwort zu stehen. Doch die verweigernde Frau Scheeres (SPD) gegenüber dem Souverän. Und weil auch die Gesundheitssenatorin mitten in der Krise ankündigt, dass sie keine Lust mehr hat, nennen wir das Ganze beim Namen: rot-rot-grüne Auflösungserscheinungen.

Dazu viele wichtige weitere Fragen für den Herbst: Unterstützung für die Clubs, Veränderung bei den Gesetzen für den Rechnungshof, für die Ordnungsbehörden und auch für Versammlungen. Fast wie eine letzte Offensive mit dem allerletzten Schwung lässt sich diese ideologiegetriebene Initiative an. Und dazu das verzweifelte Dauer-Mantra, rot-rot-grün liefere. Abgerechnet wird am Schluss und die Bilanz dieses Senates wird mager sein.

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



**Oliver Friederici**

*Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft*

**Christian Goiny**

*Sprecher für Haushalt und Medien*

**Adrian Grasse**

*Sprecher für Forschung*

**Cornelia Seibeld**

*Sprecherin für Integration und Kirchen*

**Stephan Standfuß**

*Sprecher für Sport und*

*Sprecher 1. Untersuchungsausschuss  
"Terroranschlag Breitscheidplatz"*

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie [anklickbare](#) Links. Mit einem Klick auf die Nummer der Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet Sie auf die Webseite des rbb und dort auf den entsprechenden Redebeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

## Bildung und Schule

### Corona-Chaos in den Schulen setzt sich fort – Senatorin Scheeres vergeigt den Schulauftakt

*Cornelia Seibeld und Adrian Grasse*



Man sollte meinen, nach sechs Wochen Sommerferien hätte Bildungssenatorin Scheeres genug Zeit gehabt, die ganzen Corona-Erfahrungen mit Schulschließungen, gescheitertem Digitalunterricht, zu spät kommenden Hygienekonzepten und großen Anteilen ausfallender Lehrkräfte gemeistert zu haben. Stattdessen haben wir gerade den Versuch eines Neustarts in den Schulen erlebt, der seitens des Senates tatsächlich ein Fehlstart wurde, man könnte auch sagen, der Auftakt ist voll vergeigt.

Schulleitungen werden mit den Corona-Problemen alleine gelassen. Das Chaos um die Maskenpflicht in den Schulen ist ein Beispiel. Landeselternausschuss und Landeschülerausschuss forderten beide eine Maskenpflicht im Unterricht, nicht nur in den Pausen. Scheeres lehnt das ab, als gäbe es die Ansteckungsgefahr nur in den Gängen oder auf dem Schulhof.

Schulen brauchen Klarheit über Infektionen, insbesondere jetzt nach der Reisezeit. Die Zahlen steigen an. Deswegen muss es an den Schulen Tests für alle geben. Es muss Pläne und Regeln für Quarantäne

geben, die verhindern, dass bei einem infizierten Kinde gleich die ganze Schule geschlossen werden muss. In Verdachtsfällen braucht es unmittelbare und schnelle Tests und dazu braucht es eine Notfallnummer. Alles fehlt.

Die Senatorin hätte die Sommerferien nutzen müssen, um Teilungsunterricht und kleine Gruppen zu ermöglichen, etwas, was wir übrigens auch schon vor den Osterferien gefordert haben. Aber tatsächlich hat sich natürlich an der Unmöglichkeit, Klassen in Kleingruppen aufteilen zu können, nichts geändert. Warum? Weil es dann doppelt so viele Räume braucht, doppelt so viele Lehrkräfte und eine funktionsfähige digitale Ausstattung – alles nicht vorhanden, für alles nie vorgesorgt.

Dazu kommt, dass die Informationen der Bürokratie immer erst auf den letzten Drücker kommen. Die Senatsverwaltung sendet freitags Hygienerichtlinien, die Montag umgesetzt sein sollen. Die Maskenpflicht ist beispielsweise ein einziges hin und her in der Kommunikation gewesen.

Cornelia Seibeld und Adrian Grasse haben mehrere Schriftliche Anfragen gestellt, deren Beantwortung neue Fragen aufgeworfen hat. Schon im April hatten beide nach Präsenzunterricht, Schulpflicht, Ausgestaltung des Unterrichtes und Hygiene gefragt. Die Antwort einen Monat später liest sich wie „wir machen das meiste wie vorher, aber der Abstand von Einsfünfzig muss realisiert werden. Wie die Schulen das hinkriegen, müssen sie selbst wissen.“

Wie lautet nun die Antwort der Senatorin auf alle diese Probleme? Scheeres beruft nach einem halben Jahr Pandemie und massivem Druck durch die Betroffenen nun endlich einen Hygienebeirat ein. Angesichts der sich abzeichnenden Unfähigkeit, das Problem wirklich anzugehen, hätte sie schon vor Monaten auf die Idee kommen können und müssen. Hier muss

sie politisch zur Verantwortung gezogen werden.

Senatorin Scheeres muss sich endlich mit den Beteiligten in den Schulen zusammensetzen, also den Eltern, den Lehrkräften und den Kindern und Jugendlichen. Und das muss auf Augenhöhe sein. Sie muss zuhören und Antworten geben und das alles ohne Belehrungen und Besserwissen. Worum es geht, weiß sie nach vielen Brandbriefen, in denen sich Beteiligte „verraten“ und „diskreditiert“ fühlen, nur zu gut.

Und dabei sind die alten Probleme, über die wir schon Jahre sprechen, auch noch immer nicht gelöst. Viel zu viele Lehrerinnen und Lehrer wandern aus Berlin ab. Anstatt dessen wird nach wie vor unzureichend ausgebildetes Personal über den Seiteneinstieg eingestellt. Unsere Kinder brauchen eine anständige Bildung und die braucht gute Lehrkräfte, die motiviert und selbst gut ausgebildet sind. Wir fordern, dass Lehrerinnen und Lehrer wieder verbeamtet werden.

Und mit der Digitalisierung des Unterrichtes und der Schulen muss nun endlich ernst gemacht werden. Hier hat es nicht einmal einen Anfang gegeben. Wir brauchen Smartboards mit Kameras und Audioübertragung in den Klassen und Laptops bei den Schülerinnen und Schülern zuhause. Wir brauchen eine verlässliche Cloud, in der die Daten auch drinbleiben und die rechtssicher benutzt werden kann. Wir brauchen leistungsfähige Netze in der schulischen Infrastruktur und eine Netzflatrate für Schüler-PCs. Wir brauchen Chatsysteme, die nur den Schulzwecken dienen und wir brauchen Lehrpläne, die für den digitalen Unterricht geeignet sind. Nichts davon ist in Sicht.

Die Senatorin hat das System Schule an die Wand gefahren. Klug wäre sie, sie würde den Platz räumen. Offensichtlich

gibt es nur dann eine Chance auf Besserung.

---

*Sicherheit*

## **Islamistischer Terroranschlag auf der A100**

*Stephan Standfuß*



Es ist gerade 44 Monate her, dass ein islamistischer Anschlag auf dem Breitscheidplatz 12 Menschenleben forderte. Zu gut sind die schrecklichen Bilder vom verwüsteten Weihnachtsmarkt noch in den Köpfen verankert und der Aufklärungsprozess in Form der Untersuchungsausschüsse im Bund, in Berlin und in Nordrhein-Westfalen ist noch nicht ganz beendet, da trifft uns erneut ein islamistischer Anschlag mitten auf der Stadtautobahn. Wieder wird ein Fahrzeug als Waffe eingesetzt und wieder will ein Fanatiker unschuldige Menschen töten.

6 Menschen werden dabei zum Teil schwer verletzt, ihnen und ihren Angehörigen gilt unser Mitgefühl. Wir wünschen Ihnen eine gute, schnelle und vollständige Genesung.

Der Täter ist ein 30-jähriger Iraker, der nach Angaben der Staatsanwaltschaft am Tatort "Allahu Akbar" (Gott ist groß) rief und sagte, dass alle sterben würden, die sich ihm nähern. Der Mann kam seinem Facebook-Account zufolge vor etwa vier Jahren über Finnland als Asylbewerber nach Hamburg. Sein Asylantrag wurde abgelehnt. Seitdem lebt er mit einem

Duldungsrecht in Berlin, wie die Deutsche Presse-Agentur (DPA) am Mittwoch aus Senatskreisen erfuhr, weil Berlin nicht in den Irak abschiebt.

Weitere Details, die zahlreiche Fragen aufwerfen, kommen jetzt täglich ans Licht. Es ist zu früh, hier schon über Behördenversagen zu urteilen. Wir werden aber die zuständigen Ausschüsse dafür nutzen, größtmögliche Transparenz in den Aufklärungsprozess zu bringen.

Oberstes Gebot muss immer die Sicherheit der Berlinerinnen und Berliner haben. Sollte es hier unter dem Rot-Rot-Grünen Senat Versäumnisse gegeben haben, müssen diese konsequent aufgeklärt werden. Wir fordern entschlossenes Handeln, um dem Terror die Stirn zu bieten und unsere freie Gesellschaft zu verteidigen. Dazu gehört auch das schnelle und konsequente Abschieben von Gefährdern, Terroristen und Straftätern.

---

### **Aktuelle Fragestunde**

## **Unabhängige Kommission muss Doktorarbeit Giffey erneut prüfen**

**Adrian Grasse**



Die [Fragestunde](#) der Plenarsitzung hat Adrian Grasse dazu genutzt, den Regierenden Bürgermeister und Wissenschaftssenator Müller dazu aufzufordern, das Verfahren zur Überprüfung der Doktorarbeit von Franziska Giffey neu aufzurollen und eine unabhängige Kommission zur Prüfung einzusetzen. Jüngst hatte der

Wissenschaftliche Parlamentsdienst gutachterlich festgestellt, dass es für die Erteilung einer Rüge für wissenschaftliches Fehlverhalten keine rechtliche Grundlage gab. Hinzu kommt, dass die Erstgutachterin von Frau Giffey auch noch bei der Einsetzung des Prüfungsgremiums beteiligt war, das die Richtigkeit ihrer eigenen Bewertung prüfen sollte. Der Wissenschaftssenator macht es sich zu leicht, wenn er die Verantwortung allein der FU zuschiebt. Es ist ein verheerendes Signal in die Gesellschaft und insbesondere an die vielen Nachwuchswissenschaftler, wenn eine prominente Genossin einen Minister-Bonus erhält. Wir bleiben am Ball.

[Artikel hierzu in der Morgenpost](#)

---

### **Verkehrspolitik**

## **Kfz-Zulassung in Berlin – viel Raum für Verbesserung**

**Oliver Friederici und Stephan Standfuß**

Die Berliner CDU-Fraktion fordert den Senat auf, unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um die Zulassung eines Kraftfahrzeugs in Berlin innerhalb von fünf Tagen zu gewährleisten. Das mittelfristige Ziel muss sein, durch die Digitalisierung und Optimierung der Berliner Verwaltung die Zulassungsdauer auf maximal zwei Tage zu reduzieren.

Eine zügige Bearbeitung der Zulassungsanträge würde auch den durch die Covid-19-Pandemie gebeutelten Autohändlern helfen, schneller wieder auf die Füße zu kommen. Hier stehen nach Aussage der KFZ-Innung Millionenbeträge für die Händler aus, da die Zahlungen der verkauften und bereits vorfinanzierten Autos oftmals erst nach der Zulassung erfolgen.





Autohändler Gaetano Foti und Stephan Standfuß, BZ-Artikel von Gunnar Schupelius - Mein Ärger - Wer jetzt ein Auto kauft, muss lange auf die Zulassung warten

Zu den sofort zu ergreifenden Maßnahmen gehören insbesondere die unverzügliche Erhöhung der Anzahl der Stellen für die Tarifbeschäftigten in der Entgeltgruppe E6 in allen Standorten der Zulassungsbehörde angesichts der seit 2018 gestiegenen Zulassungsangelegenheiten, sowie der Umstellungen bei i-Kfz und zur Aufarbeitung der Arbeitsreste mit dem Antragsstau infolge der Ausfallzeiten wegen der Covid-19-Pandemie.

Zusätzlich muss die Besetzung aller Stellen des gesamten Referats Kfz-Zulassung beim LABO gewährleistet werden. Außerdem muss geprüft werden, warum das für 241.363,60 Euro erstellte Organisationsgutachten entweder keine Vorschläge für Maßnahmen zur organisatorischen Steuerung der saisonalen Schwankungen der Zulassungsanträge mit einem interkommunalen Vergleich enthielt oder die vorgeschlagenen Maßnahmen bisher 2020 nicht rechtzeitig umgesetzt worden sind. Auch soll geprüft werden, welche Mittel erforderlich sind, um kurzfristig eine dritte Zulassungsstelle mit ausreichend Personal zu eröffnen.

Die CDU-Fraktion fordert daher: Es muss zudem umgehend geprüft werden, wie mit dem Problem „Luftbuchungen“ umzugehen ist und wie diese nicht wahrgenommenen Termine neu vergeben werden können, um die Auslastung der Zulassungsstellen in der derzeit höchst angespannten Situation konstant auf einem hohen Niveau halten zu können.

*Wieder vollzählig*

## Parlament auch in Corona-Zeiten

*Cornelia Seibeld*



Die Parlamente sind die Kontrollinstanzen der Regierungen – und damit das Herzstück unserer Demokratie. In und nach dem Lockdown wurde über einige Wochen quasi ausschließlich aufgrund von Verordnungen in den Bundesländern regiert – jedenfalls was die Eindämmung der Pandemie angeht. Das kann und darf jedoch kein Dauerzustand sein.

Grundsätzlich bedürfen Grundrechtseingriffe einer gesetzlichen Grundlage. Die Parlamente müssen über sie entscheiden. Und die Parlamente müssen ihren ureigensten Aufgaben nachkommen. Deswegen tagt das Berliner Abgeordnetenhaus seit der gestrigen Sitzung auch wieder in voller Stärke mit allen 160 Abgeordneten. Ebenso wie alle seine Ausschüsse. Eine Kombination von Umbaumaßnahmen im Parlament mit Einzeltischen und entsprechendem Abstand, Plexiglasscheiben und einer Maskenpflicht, wo der Abstand nicht eingehalten wird, reduziert die Infektionsgefahr soweit, dass der Ältestenrat, der auch als Krisenstab fungiert, eine volle Besetzung durch Abgeordnete für vertretbar und letztlich auch notwendig hält. Nach wie vor sind aber Besucher im Haus nicht zugelassen. Auch Präsenzveranstaltungen finden neben dem reinen Ausschuss-, Parlaments- und Fraktionsbetrieb bis auf weiteres nicht statt. Die Ausschusssitzungen

werden live auf der Internetseite des Berliner Abgeordnetenhauses [www.parlament-berlin.de](http://www.parlament-berlin.de) übertragen und können auch im Archiv noch nachverfolgt werden.

---

*Bildungspolitik und Wissenschaft*

*Adrian Grasse*

### **Senat verschläft die Vorbereitungen für das Wintersemester**

In der Aktuellen Viertelstunde des Wissenschaftsausschusses hat Adrian Grasse den Regierenden Bürgermeister und Wissenschaftssenator Müller zu den Plänen für das kommende Wintersemester befragt. Die bisher getroffenen Vorbereitungen für eine Rückkehr zum Präsenzbetrieb sind keineswegs zufriedenstellend, man sei vom Regelbetrieb noch weit entfernt und befinde sich noch in der Abstimmung. Durch eine Anmietung zusätzlicher Räume und die Erstellung von Notfallplänen hätte die Wiederaufnahme von Präsenzveranstaltungen, die von vielen Studierenden herbeigesehnt werden, unter Einhaltung von Hygienevorgaben besser vorbereitet werden können.

### **Semesterticket für Studenten weiterhin zu fairen Konditionen**

Angesichts eines drohenden Scheiterns der Verhandlungen zum Semesterticket hat Adrian Grasse den Senat aufgefordert, den Hilferuf der Studierenden ernst zu nehmen und sich bei den Verhandlungen für eine Verlängerung zu fairen Konditionen einzusetzen. Die Studierenden in Berlin sind auf das Semesterticket angewiesen, denn es gehört zu einer modernen, mobilen und umweltorientierten Studierendenschaft. Gerade in der aktuellen Corona Krise würde es Studierende besonders hart treffen, wenn sie nicht nur ihre Nebenjobs verlören, sondern auch noch deutlich mehr für Busse und Bahnen zah-

len müssten. Die Preise für ein Semesterticket müssen daher auch weiterhin tragbar sein!

### **Beratung im Wissenschaftsausschuss zur Rolle von Kindern bei der Übertragung des Corona-Virus**

Dass nach wie vor viele Fragen zur Rolle von Kindern im Pandemiegeschehen unbeantwortet sind, hat die Anhörung der Sachverständigen der Charité und des UKE Hamburg zu einem Antrag der CDU im Wissenschaftsausschuss gezeigt. Adrian Grasse hatte den Senat aufgefordert, eine Landesstudie zur SARS-CoV-2-Infektiosität von Kindern auf den Weg zu bringen. Denn Fragen nach dem Verlauf der Krankheit bei Kindern, der Antikörperhäufigkeit und den Übertragungswegen in unseren Bildungseinrichtungen und dem familiären Umfeld werden durch die Berliner Teststrategie nicht beantwortet.

### **Open Science**

Aus dem Wissenschaftsbereich fand im Plenum eine Debatte über die Einrichtung einer Netzwerkstelle für Open Science und Research Quality statt. Adrian Grasse hat in seiner Rede zum Antrag betont, dass die CDU-Fraktion das Ziel der Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis sowie Maßnahmen zur Förderung der Glaubwürdigkeit der Wissenschaft ausdrücklich unterstützt. Die Einrichtung einer hochschulübergreifenden Netzwerkstelle würde zu einer engeren Vernetzung der Akteure in den Bereichen Open Access und Open Science führen und für bessere Rahmenbedingungen zur Einhaltung wissenschaftlicher Standards sorgen. Insbesondere was die Themen der Umsetzung und Evaluierung sowie die Überprüfung von Einzelfällen betrifft, wirft der Antrag der AfD jedoch mehr Fragen auf als dass er Antworten bietet. Dies wird die CDU auch im Rahmen der Beratung im Wissenschaftsausschuss erneut thematisieren.



### *Sport und Freizeit*

## **Pächter von Berliner Freibädern - Engagement honorieren - Existenz sichern**

### *Stephan Standfuß*

Die Bäderlandschaft Berlins ist vielfältig und nicht zuletzt das in die Schlagzahlen geratene und so beliebte „Spucki“ zeigt, dass die Pandemie den privaten Bäderbetreibern ordentlich zugesetzt hat.



Neben den über 60 Hallen- und Freibädern, die die Berliner Bäder-Betriebe zur Daseinsvorsorge mit erheblichen Zuschüssen aus dem Landeshaushalt betreiben, gibt es die privaten Betreiber von Frei- und Strandbädern. Sie sind Pächter bei den Berliner Bäderbetrieben, erhalten keine Zuschüsse aus der Landeskasse und sind auf einen kostendeckenden Badebetrieb angewiesen.

Dazu benötigen sie ausreichend Besucherinnen und Besucher, die neben dem reinen Badebetrieb auch weitere Angebote, zum Beispiel gastronomischer Art, nutzen.

Während die BBB die Besucherzahlen den Hygienevorschriften einfach anpassen können und mögliche Verluste aus der Landeskasse ausgeglichen werden, fehlt bei den Pächtern jeder Besucher als Einnahmefaktor, so dass unter den Bedingungen der Pandemie in diesem Sommer kaum ein wirtschaftlicher Betrieb möglich war.

Ganz im Gegenteil! Viele Pächter haben noch viel größere Sorgen. Fast überall wird mit den Immobilien gekämpft und ein Sanierungsstau steht auf der Tagesordnung.

Dazu kam bei dem ein oder anderen Badbetreiber ein zeitnah endender Pachtvertrag, der Investitionen aufgrund mangelnder Planungssicherheit unmöglich gemacht hat.

Deshalb brauchen die Pächter von Berliner Freibädern schnellstmöglich Unterstützung, um ihre Existenz zu sichern. Manchmal ist es auch nur die vorfristige Verlängerung des Pachtvertrages, die schon durch mehr Planungssicherheit eine große Hilfe wäre. Auch großzügig genehmigte gastronomische Angebote könnten die geringeren Besucherzahlen ausgleichen.

Bei den zahlreichen Lockerungs- und Hilfsmaßnahmen im Bereich des Sports kann man leider nicht sagen, dass der Rot-Rot-Grüne Senat zu jeder Zeit eine klare Linie vorgegeben hat.

Es bedurfte erst zahlreicher von uns organisierter Videokonferenzen mit den Pächtern, bis der zuständige Staatssekretär den Druck dann für groß genug hielt, um endlich im Sportausschuss zuzusagen, mit



dem Ziel von Sondervereinbarungen auf die Pächter der Bäder zuzugehen.

Also alles in allem hätte man sich hier eine deutlich zügigere Unterstützung gewünscht.

---

**Verkehrspolitik**

**Oliver Friederici**

**ICE- und U-Bahn Anschluss zum neuen Hauptstadtflughafen**

Kommt der ICE zum neuen Flughafen BER, kommt auch der Erfolg des Luftverkehrsstandortes. Der Flughafenbetreiber FBB fordert das nun endlich auch, die CDU in Berlin und Brandenburg seit Jahren. Viel hat Berlin nicht, kaum noch Industrie, vergleichsweise wenige Investitionen, da muss es wenigstens ein funktionierender Flughafen werden. Brandenburg schafft weiter im Umfeld des Flughafens sehr attraktive Gewerbegebiete, Infrastruktur und Verbindungen in beide Bundesländer.

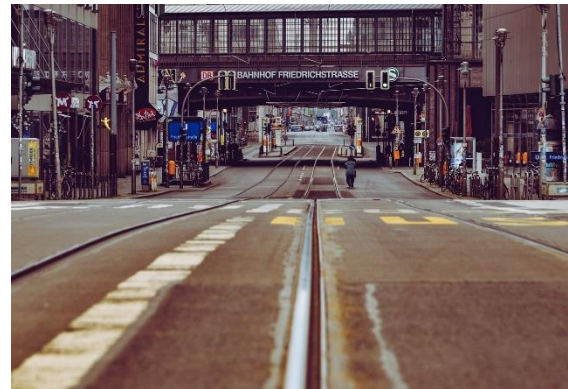


Nun muss noch der ICE und aus Berlin die Verlängerung der U7 aus Rudow geschaffen werden. Daher muss die U-Bahn endlich zum neuen Flughafen BER geplant werden, eine Jahrzehnte alte Forderung der CDU-Fraktion. Die gut drei Kilometer lange Strecke vom U-Bahnhof Rudow zum Flughafen BER, mit einem Halt am alten Schönefelder Terminal, ist längst überfällig. Der rot-rot-grüne Senat könnte hier

nun endlich beweisen, dass er an dieser Stelle den Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs voranbringen will. Deshalb unser eindeutiges Votum, endlich die Verlängerung der U7 zu planen und zu bauen!

**Berliner Friedrichstraße - noch eine Fußgängerzone?**

Die Berliner Friedrichstraße wird erstmal zwar noch nicht zur Fußgängerzone. Zum 29. August aber soll es dann leider mit der Sperrung losgehen. Noch können die Geschäfte dort, die es in Corona-Zeiten und danach sowie bei fallenden Umsätzen schon schwer genug haben, hoffen.



Es wäre aus Sicht der Betroffenen wünschenswert, dass das linke Bezirksamt Berlin-Mitte weiter an der Sperrung scheitert und sie sich endlich mit den Anwohnern und Geschäftsleuten, die eine solche Sperrung ablehnen, zusammensetzen.

Die Menschen werden dann sonst leider einfach anderswo einkaufen. SPD, Linke und Grüne haben es in ihrer Hand, das abzuwenden. Ansonsten wird diese Straße als sogenanntes Pilotprojekt für die Ideologie des Senats gegen den Autoverkehr erhalten müssen.



## Fahrradmitnahme AN den Bussen ermöglichen

Die CDU-Fraktion hat einen Parlamentsantrag eingebracht, um die Fahrradmitnahme an Bussen (draußen) zu ermöglichen. Oliver Friederici, CDU-Verkehrssprecher: „In vielen Städten auf der Welt und in einigen Regionen in Deutschland ist dies schon längst möglich. Wir schaffen damit einen weiteren Lückenschluss im Nahverkehr.“



Wer in Gebieten ohne ausreichende Anbindung an den ÖPNV wohnt, kann zur jeweils nächstgelegenen Bushaltestelle mit dem Rad fahren, dort auf den Bus umsteigen und das letzte Stück ebenfalls wieder mit dem Rad zurücklegen. Das erweitert das Angebot erheblich, da die Mitnahme von Fahrrädern somit nicht mehr nur auf Züge und Bahnen eingeschränkt ist, die eben nicht überall verkehren.



Mit einer neuen Befestigungstechnik ist zudem die Anbringung am Bus sehr einfach und schnell möglich.

## Verbände und Kammern zum Mobilitätsgesetz anhören

Oliver Friederici, verkehrspolitischer Sprecher der Berliner CDU-Fraktion:

„Wer den Stadtverkehr nicht nur neu, sondern wirklich besser organisieren will, darf Betroffene nicht übergehen. Der Senat muss daher Verbände und Kammern bei der Fortschreibung des sogenannten Mobilitätsgesetzes beteiligen. Wir wollen Vertreter der IHK, der Unternehmensverbände und des Handwerks in einer gemeinsamen Sitzung des Wirtschafts- und Verkehrsausschusses anhören. Sie hatten zurecht die bereits vorgelegten Eckpunkte des Senats kritisiert. Mobilität ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor.“



„Die Vorbehalte der Berliner Wirtschaft gegenüber den Eckpunkten des Senats sind aus unserer Sicht überzeugend. Beim Güterverkehr sollten nicht nur elektrische Antriebe gefördert werden, sondern auch emissionsarme Diesel sowie Zukunftstechnologien wie Wasserstoff oder die Brennstoffzelle. Der heute schon praktizierte Warenumsatz von großen auf kleinere und umweltfreundlichere Transporter ist ausbaufähig. Wegen des zu erwartenden Anstiegs der Fahrzeuge müssen unsere Straßen leistungsfähig bleiben. Ein weiterer Rückbau oder weitere Einschränkungen sind hier nicht hilfreich.“

## **BVG weiß gar nicht, wie viele Züge fahren - und in welcher Länge**

Wenn die Berliner S-Bahn nicht vertragsgerecht fährt, erhält sie weniger Geld vom Land Berlin.

Wenn die Berliner BVG mit kürzeren U-Bahnzügen fährt, passiert gar nichts. Sie wissen es auch angeblich nicht, mit welchen Zuglängen gefahren wird (siehe meine Senatsanfrage, hier in der [BZ-Berlin](#)).

Das ist nicht in Ordnung. Nicht nur nicht in Corona-Zeiten, wo wir in den ÖPNV-Fahrzeugen auf Abstand achten müssen. Der Berliner Senat muss sich darum kümmern - er wollte doch die Verkehrswende mit mehr Öffentlichem Nahverkehr ganz groß voranbringen!?

[BVG weiß nicht, wie viele Züge in Berlin fahren](#)

---

### *Kultur und Medien*

## **Rotrotgrüne Clubhilfe bedeutet weniger Freiheit**

*Christian Goiny*

Die Rotrotgrüne Koalition hat sich mit einem Antrag zum Erhalt der Clubkultur bekannt. So will man die Clubstandorte Bauplanungsrechtlich mehr unterstützen und bei Nachbarschaftskonflikten besser helfen, z. B. durch effektiveren Lärmschutz. Gleichzeitig will Rot-Rot-Grün aber künftig auch mitreden bei der Frage, wen die Clubs hereinlassen. Dabei schwingt das gleiche Misstrauenspotential mit, welches die CDU auch schon beim Landesantidiskriminierungsgesetz kritisiert hat. Und natürlich der Wille, politisch zu beeinflussen und zu steuern. Ignoriert wird dabei, dass die Clubs bewusst entscheiden, wen sie hereinlassen, weil nur so Sicherheit und Freiheit bei der Umsetzung

der Veranstaltungskonzepte gewährleistet werden kann. Der medienpolitischen Sprecher der CDU Fraktion, Christian Goiny, kritisierte in diesem Zusammenhang aber auch, dass der Senat die Clubs, als Orte, die am längsten Corona bedingt geschlossen bleiben müssen, bisher unzureichend unterstützt. So funktionieren die Wirtschaftshilfe nicht, Genehmigungen für sichere open air Veranstaltungen werden nicht genehmigt, es gibt keine Unterstützung bei den Mieten und der Senat interessiert sich auch nicht dafür, wie und welchen Beitrag Kultur und Nachtleben für den wirtschaftlichen Neustart Berlins leisten können. Den eines muss allen klar sein: Wenn es in Berlin nicht gelingt, Tourismus, Messen, Kongresse, Kultur und Nachtleben wieder an den Start zu bekommen, wird die wirtschaftliche und finanzielle Entwicklung Berlins in den kommenden Jahren ganz bitter. Der wirtschaftliche und finanzielle Aufschwung Berlins der letzten Jahre, basierte ganz entscheidend auf diesen Faktoren. Visitberlin hat ausgerechnet, dass 56 Touristen in Berlin einen Arbeitsplatz schaffen/sichern. Und nicht zu vergessen, die vielen jungen Talente, die deswegen nach Berlin kommen, um hier zu studieren, zu arbeiten, zu forschen und Firmen zu gründen. Auch deswegen ist es wichtig, dass die Politik sich für den Erhalt von Clubkultur und Nachtökonomie einsetzt.

---

### *Haushaltspolitik*

## **Parlament stärkt die Rechte des Rechnungshofes**

*Christian Goiny*

Das Berliner Abgeordnetenhaus hat mit der Änderung des Gesetzes über den Rechnungshof die Rechte dieser wichtigen Kontrollinstanz gestärkt. So erhält u. a. die Präsidentin jetzt zum Jahresbericht ein Rederecht im Parlament, die Re-

geln über die Befangenheit werden präzisiert und die Altersgrenze für Prüfer wird aufgehoben. Der haushaltspolitische Sprecher der CDU Fraktion, Christian Goiny, begrüßte diese Änderungen, hat sich der Rechnungshof immer wieder auch als wichtiger Partner des Parlaments bei

der Kontrolle der Haushaltspolitik bewährt und gerade auch den rot-rot-grünen Senat immer wieder ermahnt, wenn dieser bei den Themen Wohnungsankäufe und Verschuldung klare Haushaltsdisziplin vermissen ließ.

---

### Verabschiedung

## Jahrzehnte des Engagements für Berlins Parlamente

*Cornelia Seibeld, Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Stephan Standfuß*

Der Leiter des Referats Öffentlichkeitsarbeit im Berliner Abgeordnetenhaus, René Rögner-Francke, geht Ende September in den verdienten Ruhestand. Gestern war seine letzte Plenarsitzung als Mitarbeiter der Parlamentsverwaltung. Die Parlamentsvizepräsidentin, Cornelia Seibeld, und die übrigen CDU Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf, bedankten sich aus diesem Anlass für die engagierte jahrzehntelange Arbeit, die das Abgeordnetenhaus zu einem der besucherfreundlichsten Parlamente Deutschlands gemacht hat.

Gleichzeitig wünschten sie ihm weiter viel Erfolg und Freude bei seiner Tätigkeit als Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung von Steglitz-Zehlendorf und den vielen weiteren ehrenamtlichen Aktivitäten... Vielen Dank und alles Gute, lieber René!



Das Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist nach Fertigstellung auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.

**Impressum / ViSdP:** Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses: Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß.  
Steglitz: Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin, 030 844 17174, [buergerbuero.hindenburgdamm@gmail.com](mailto:buergerbuero.hindenburgdamm@gmail.com);  
Zehlendorf: Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin, 030 / 407 256 44, [kontakt@starkes-zehlendorf.de](mailto:kontakt@starkes-zehlendorf.de)